



Selbst kümmern. Am 16. August pinseln vier Mitglieder einer Anwohner-Initiative in der Schonensche Straße, Ecke Trelleborger Straße weiß schraffierte Sperrflächen auf den Boden.

Fotos: Anwohner-Initiative

Malerrollen, ein Abstreifgitter, ein Eimer „Easyweiss“ – dann kommt die Polizei. Dabei wollten ein paar Anwohner nur eine Kreuzung in Pankow sicherer und Verkehrsbehörden auf ihr Versagen aufmerksam machen. Die eigentliche Auseinandersetzung aber beginnt jetzt erst

Zeichen der Zeit

VON FLORIAN KISTLER

Auf dem Bürgersteig erinnern nur noch Farbspritzer nahe einem Gully daran, was sich hier abgespielt hat. Sie glänzen in der Sonne. Zwischen brüchigen Asphaltstellen daneben kämpfen sich weiße Striche und das Piktogramm eines Fußgängers durch grau-blaue Farbe.

Am 16. August malten vier Mitglieder einer Anwohner-Initiative hier, an der Kreuzung Schonensche Straße, Ecke Trelleborger Straße in Berlin-Pankow weiß schraffierte Sperrflächen auf den Boden. Ihre Ausrüstung: Malerrollen, ein Abstreifgitter, Besen und Farbeimer mit dem Namen „Easyweiss“. Bürger:innen sollten so sicher die Straße überqueren können.

„Gutes Anstrichergebnis“ stand auf dem Zehn-Liter-Eimer. „Gute Deckkraft“. Fast drei Ecken der Kreuzung schafften die Anwohner:innen, dann wurden sie gestoppt – vom Ordnungsamt und der Polizei. Ein Nachbar hatte Alarm gemacht. Drei Wochen ist das her.

Die Malaktion ist das Ergebnis eines eskalierten Streits zwischen dem Bezirk Pankow und verärgerten Bewohner:innen des Vinetakiez. Sie sagen, sie hätten Angst um sich und ihre Kinder. Doch statt zu demonstrieren und ihre Forderungen in Megafone zu rufen, haben sich die vier Pankower Maler:innen entschieden, nicht länger auf die Politik zu warten.

Aktionen dieser Art häufen sich momentan: Mitte August malten Unbekannte im Landkreis Kyritz in Brandenburg einen mehr als zwei Kilometer langen Fahrradweg auf die Kreisstraße. In Augsburg und nahe Trier wurden vor kurzem Zebrastreifen auf den Asphalt gepinselt. Die Debatte „Wem gehört die Straße?“ ist von einer friedlichen Auseinandersetzung zum illegalen Guerilla-Kampf mutiert. Klembretter mit Petitionen werden gegen Farbeimer eingetauscht. Was, wenn diese Protestform zur Normalität in deutschen Städten wird?

Im Vinetakiez folgte die Reaktion des Bezirks schnell: Drei Tage nach der Malaktion rückten zwei Straßenarbeiter an. Sie stellten Baustellenhütchen auf und überstrichen die Markierungen mit dunklem Ton. Genau dort parkt an diesem Tag ein schwarzer VW Polo des Carsharing-Anbieters Miles, gegenüber steht ein heruntergekommenes grauer Renault Kangoo, an dessen Seiten sich Moos und Dreck auf den matten Lack gelegt haben. Eltern mit kleinen Kindern wechseln von der Kita, die sich direkt an der Kreuzung befindet, die Straßenseite, quetschen sich zwischen den Autos hindurch.

Abgeordnetenhaus. Geht es nach Verkehrsministerin Regine Günther (Grüne), sollen 2030 keine Verbrenner mehr innerhalb des S-Bahn-Rings fahren. CDU-Verkehrspolitiker Oliver Friederici spricht von „Autohasserwahn“.

Andererseits wollen jetzt Veränderungen. Die Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ reichte Anfang August 50 000 Unterschriften ein, damit im Abgeordnetenhaus über das „Berliner Gesetz für gemeinwohlorientierte Straßennutzung“ entschieden wird. Das Ziel: weniger Autoverkehr! Unter anderem sollen nur noch zwölf private Fahrten pro Jahr in der Innenstadt erlaubt werden. Lehnt das Abgeordnetenhaus den von der Initiative erarbeiteten Gesetzentwurf ab, könnte es zum Volksentscheid kommen.

In Pankow hat die Malaktion ein juristisches Nachspiel. Deshalb wollen die Anwohner:innen anonym bleiben. Der Vorwurf: Gemeinschädliche Sachbeschädigung und Amtsmaßnahme. Weil das Verfahren läuft, hat der Anwalt geraten, sich mit Details und Namen zurückzuhalten. Treffen wollte sich eine von ihnen trotzdem. An eben jener Kreuzung.

Als Sandra, die eigentlich anders heißt, kommt, telefoniert sie mit Airpods im Ohr. Sie trägt eine Regenjacke, darunter einen weißen Pullover mit roten und blauen Streifen. Über ihren Schultern hängt ein Rucksack. Die Malaktion ist für sie eine „visuelle Durchsetzung bereits geltenden Rechts“; die Amtsmaßnahme eine „Amtsunterstützung“. Denn: Laut Straßenverkehrsordnung ist es verboten, auf den fünf Metern hinter Kreuzungen und Einmündungen zu parken. Es gibt sogar einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow aus dem Jahr

2017. Darin steht, dass der Vinetakiez markierte Gehwegvorstreckungen, wie die aufgemalten Übergänge in der Fachsprache heißen, erhalten soll. Umgesetzt wurde das nie. Und so sehen sich die Anwohner:innen mit ihrer Aktion im moralischen Recht. „Durch die Aktion fallen keine Parkplätze weg, weil dort offiziell keine sind“, sagt Sandra.

Sie findet nicht sich, sondern das Nichtstun der Behörde radikal. „Eine Gefahr anzuerkennen und dann nichts zu tun ist eine sehr deutliche Aussage.“

Diagonale weiße Striche auf der Straße sind aber auch ein Verkehrszeichen – eine Sperrfläche. Wer die ohne Genehmigung auf die Straße malt, bekommt Post von der

Polizei. Den Anwohner:innen droht eine Geldstrafe. Sollten sie zahlen müssen, gebe es schon Pläne für eine Crowdfundingkampagne.

Dass es in Pankow zur Eskalation kam, liegt auch an der Lage. Wer im Vinetakiez wohnt, genießt die Ruhe. An der Schonensche Straße sind Wimpelketten zwischen den Altbauhäusern gespannt, an vielen Stellen ist Kopfsteinpflaster verlegt, es gibt Kitas und die Trelleborg-Schule, aber kaum Cafés oder Bars. Das Viertel ist ein Wohngebiet und das mögen die Anwohner:innen. Autos haben einige von ihnen zwar. Für die Probleme sorgen aus ihrer Sicht aber andere.

Autofahrer:innen von außerhalb schätzen den Kiez ebenfalls – als Abkürzung

zwischen der Prenzlauer Promenade und der Schönhauser Allee beziehungsweise Berliner Straße, wie Anwohner:innen sagen. Oder zum Parken. Südlich des Vinetakiez beginnt direkt die Parkraumzone 45. Im Vinetakiez selbst gibt es keine Parkraumbewirtschaftung. Heißt: Wer im Prenzlauer Berg arbeitet oder sich einen Cappuccino gönnen will, parkt dort umsonst.

Die Risiken im Kiez offenbaren sich zügig: Verkehr gibt es viel, dafür keinen Radweg. Fahrradfahrer treten beim Überqueren der Kreuzung vorsichtig in die Pedale, dazwischen immer wieder Autos, selbst ein Lastwagen mit Anhänger ratert über den Boden. Als ein schwarzes Auto auf der Trelleborger Straße in Richtung Wisbyer Straße fährt, muss der Fahrer scharf bremsen. Es gilt rechts vor links. Von rechts kommt ein weißer Lieferwagen. Die Bewohner:innen sind vom Verkehr ebenso wie von fehlenden Sicherheitsmaßnahmen genervt. Und fragen sich, warum die Bezirksverordnetenversammlung 2017 einen Beschluss fasst, der vier Jahre einfach vergessen wird.

Eine lange Zeit. Das weiß auch Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn, der seit Mitte 2018 für die Verkehrsbehörde in Pankow zuständig ist. „Dieser Beschluss, der ist irgendwie liegen geblieben“, sagt er – und wirkt wie jemand, der mit der Situation ebenfalls nicht zufrieden ist. Zugleich ist es wohl ein Versuch, sich zu rechtfertigen, denn das Bild ist mehr als unglücklich: Ausgerechnet ein Grüner schafft es nicht, einen Beschluss gegen die vermeintliche Auto-Dominanz umzusetzen.

Die Erklärung lautet wie so oft in Berliner Behörden: Chronischer Personalmangel im Straßen- und Grünflächenamt arbeitet nach der Verwaltungsreform 2001 nur noch halb so viele Menschen. Pankow musste sparen, hatte Millionen Euro Schulden. „Viele von denen, die noch da sind, sind oft krank und können nicht mehr richtig, neue Kollegen kommen spärlich hinzu“, sagt Kuhn. Der Job sei unattraktiv. „Die Leute gehen lieber zur Senatsverwaltung.“

2018 wurden die Verkehrsbehörde von der Abteilung „Umwelt und öffentliche Ordnung“ an Kuhns Straßen- und Grünflächenamt weitgeschoben. Der Krankenstand sei hoch, von zehn Mitarbeiter:innen seien manchmal nur zwei einsatzfähig gewesen. Seit Jahren sind die Leitung und stellvertretende Leitung der Behörde unbesetzt. Beide Posten wurden im Frühjahr neu ausgeschrieben, die Bewerberlage sei „bescheiden“.

Trotzdem ist es erstaunlich, dass es nach vier Jahren des Wartens plötzlich ganz schnell gehen kann – und die Markierungen innerhalb von drei Tagen übermalt werden. Kuhn begründet das mit der Haftung des Straßen- und Grünflächenamts, sollte es aufgrund der Maleireien zu einem Unfall kommen. Rechtlich

che Schritte gegen die Anwohner:innen leitete die Behörde allerdings nicht ein. „Für mich ist es irgendwo verständlich, wenn die Menschen sauer sind“, sagt Kuhn. „Das Straßen- und Grünflächenamt hat es von einer Firma übermalen lassen, weil es so etwas als Straßenbausträger rechtlich nicht akzeptieren kann.“ Damit sei die Sache für ihn erledigt. Anders sieht das die Polizei: Da sie gerufen wurde, muss sie der Sache nachgehen.

Sandra geht es bei den Gehwegvorstreckungen um das Wohl von Menschen. Älteren und Kindern. „Wir diskutieren ernsthaft, ob dafür ein paar illegale Parkplätze wegfallen und Anwohner:innen nicht direkt illegal vor der eigenen Haustür parken können“, sagt sie – und sieht Politik und Behörden „in der Bringschuld“. „Wir bilden uns das ja nicht ein. Es gibt schließlich diesen BVV-Beschluss, weil es hier gefährlich ist“, sagt sie mit einem ungläubigen Lachen.

Kuhns Erklärung kann sie nachvollziehen, rechtfertigen würde es das Vorgehen des Bezirks nicht. „Das hier ist ein Sicherheitsrisiko. Führe ich privat ein Unternehmen, dann ist es keine Ausrede zu sagen, ich habe kein Geld oder Personal für Sicherheitsmaßnahmen.“ Sie erwarte, dass vorübergehend zumindest gelbe Markierungen wie bei Baustellen, angeklebt werden.

Auf lange Sicht fordern die Bewohner:innen einen Kiezblock. Der Durchgangsverkehr soll dadurch gesperrt werden, unter anderem mit Diagonalsperren. Das können zum Beispiel fünf bis sechs Poller sein, die diagonal in einer Kreuzung aufgestellt werden. Auch eine Parkraumbewirtschaftung sei denkbar.

In Berlin erleben Kiezblock-Initiativen derzeit einen Boom. Anwohner:innen wollen weniger Lärm und in einem Umfeld leben, in dem sie ihre Kinder alleine zum Spielen auf die Straße schicken können. 49 Initiativen haben sich bereits gegründet. In Pankow wurden Konzepte für 19 Kiezblöcke beim Bezirk eingereicht. Für den Vinetakiez sieht es vorerst schlecht aus.

Nach „objektiven Kriterien“ landet er laut Bezirksstadtrat Kuhn im hinteren Drittel. Ganz vorne liegen der Arnimkiez und das Komponistenviertel, in denen das Konzept jetzt umgesetzt wird. In Zeiten der Klimakrise kann Sandra nicht verstehen, warum der Fuß- und Radverkehr in Berlin „so massiv blockiert wird“. Städte wie Paris, London und Barcelona würden das Thema aktiv angehen.

Vielleicht bleibt die Malaktion in Pankow eine Ausnahme, vielleicht gehören solche Aktionen bald genauso zum Großstadtleben wie das Guerilla Gardening. Fest steht: Es gibt Sympathien.

Ragnhild Soerensen vom Verein Changing Cities, der aus dem Volksentscheid Fahrrad hervorging, unterstützt die Malaktion. Sie sagt: „Ich kann es ver-

stehen, wenn die Leute aus Verzweiflung und Angst um ihre Schulkinder handeln.“ Auch sie verweist auf das Parkverbot an der Kreuzung und meint: „Es geht ja hier noch nicht einmal um Veränderungen der Straßenaufteilung.“ Eigenmächtige und dauerhafte Straßenmarkierungen seien zwar nicht legal – „körperliche Unversehrtheit ist aber ein legitimes Recht der Anwohnenden.“

Für Soerensen ist die Malaktion „eine Einwohneranfrage an das Bezirksamt mit Mitteln des zivilen Ungehorsams“. „Das hat dazu geführt, eine Akte aus einer Schublade hervorzukramen, die schon vergessen war“, sagt Soerensen. Sie kritisiert, dass die Markierungen sofort wieder entfernt wurden. „Vier Jahre passiert trotz BVV-Beschluss nichts, aber es braucht drei Tage, um die Farbe zu übermalen.“ Das sei „absurd“ und gebe einen Einblick, wie das Bezirksamt seine Prioritäten setzt. Es würde sie nicht wundern, wenn die Aktion Nachahmer findet.

Man müsse solche Aktionen aber dennoch differenziert bewerten. „In Pankow wurde das Parkverbot an Kreuzungen nur visualisiert, manche Handlungen können gefährlich werden“, sagt Soerensen. Zum Beispiel nach Belieben selbst aufgemalte Zebrastreifen, die nur sicher sind, wenn sie auch von Weitem gesehen werden. Solche Vorgaben kennen Aktivist:innen zum Teil nicht. Auch Sandra findet, dass selbstgemalte Zebrastreifen, beispielsweise vor der Trelleborg-Grundschule, tabu seien. „Ein Kind nimmt das womöglich ernst, ein Autofahrer nicht. Das geht nicht. Die Gefahr ist zu groß.“

Eins hat die Aktion in jedem Fall gebracht: Aufmerksamkeit. Ende August diskutierten Anwohner:innen an der

Kreuzung mit den Pankower Grünen – darunter auch die Bürgermeisterkandidatin für den Bezirk, Cordelia Koch. Vergangene Woche war die SPD dort.

Die markierten Gehwegvorstreckungen sollen jetzt wirklich kommen – ein Teilerfolg. Die ständige Gruppe im Straßen- und Grünflächenamt erstelle bereits die Verkehrszeichenpläne, sagt Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn. Trotzdem sieht er das keineswegs als Einknicken vor den Anwohner:innen. „Den Beschluss dafür gibt es seit 2017. Das hat nichts mit dem Protest zu tun.“

Am 17. September findet ein Straßenfest im Vinetakiez statt. Musik wird spielen, mit Reden soll noch einmal das Verkehrsproblem im Kiez angesprochen werden. Die Bürger:innen wollen die neue Beachtung nutzen und den Druck weiter erhöhen. Auch eine Malaktion ist geplant. Dieses Mal mit Kreide.



Zügige Reaktion. Drei Tage nach der Malaktion rücken zwei Straßenarbeiter an. Sie stellen Baustellenhütchen auf und überstrichen die Markierungen mit grau-blauer Farbe.